

KOMMENTAR
CHRISTIAN HIERSEMENZEL
LANDESHAUSKORRESPONDENT



Es muss sich rechnen

Tunnelgegner werden wenig erreichen

Politisch ist die Entscheidung längst gefallen, und man sollte sich keiner Illusion hingeben, dass Gerichte das Projekt noch stoppen könnten oder sich die Landesregierung von einer E-Mail-Flut beeindrucken ließe. Grundlage für den Bau des Fehmarnbelttunnels ist ein Staatsvertrag zwischen Kopenhagen und Berlin, nicht Kiel. Schleswig-Holstein hat nur wenig mitzureden. Das ist sogar den Grünen klar, die zwar in Ostholstein noch den Protest mitorganisieren, im Landesverband aber die Schlacht für geschlagen halten. Vielleicht erklärt das die zornige Rhetorik der aktuellen Mails an den Ministerpräsidenten. Manches wirkt allerdings eingeübt, einiges ist sogar unfreiwillig komisch – wenn zum Beispiel ein offenkundig ortsunkundiger Wutbürger vor den Umweltfolgen warnt, die der Bau eines Tunnels zwischen Fehmarn und Lolland für das Wattenmeer habe.

Die Verwaltung arbeitet derzeit routiniert die vielen Details und Änderungen im Planfeststellungsverfahren ab. Eine Beteiligung hat im Sommer stattgefunden, und auch hier sei den Protestlern wieder zugerufen, dass es nicht mehr darum gehen konnte, das Projekt grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern allenfalls (für Anlieger wichtig genug!) darum, die Bahntrasse zu verlegen. Das Einzige, worauf die Tunnelgegner jetzt noch hoffen können, ist ein ökonomischer Reflex: Sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass das Projekt auch nach Jahren nicht refinanziert werden kann, würde Dänemark vor dem Bau zurückschrecken.

christian.hiersemenzel@kieler-nachrichten.de

ZITAT DES TAGES

Jamaika hätte einen Modernisierungsschub bringen können.

Hans Peter Wollseifer, Handwerkspräsident, warnt vor schweren Belastungen für die Wirtschaft im Fall einer GroKo-Regierung.

KOMMENTAR
JAN V. SCHMIDT-PHISELDECK
WIRTSCHAFTSREDAKTEUR



Neue Wege sind gefragt

Verbraucher wollen eine Agrarwende

Landwirt in Schleswig-Holstein zu sein, braucht in dieser Zeit viel Enthusiasmus: schlechte Preise für Milch und Getreide, vermatschte Ackerflächen, eine immer schärfere Diskussion über Massentierhaltung, Glyphosat. Und jetzt droht auch noch ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest.

Vielleicht kommt deswegen die Grüne Woche gerade recht. Als kleine Auszeit von den alltäglichen Sorgen, als Ort, um mit vollen Zügen die Leistungsfähigkeit der eigenen Branche zu bestaunen, die seit vielen Jahren konstant von prallen EU-Fördertöpfen profitiert. Etwa 300 Euro pro Hektar Fläche im Jahr fast ohne Gegenleistung – wer das Prinzip „Wachsen oder Weichen“ beherrzigt, profitiert besonders – trotz Ernteausfalls, trotz schwankender Fleischpreise.

In breiten Teilen der Gesellschaft stößt ein „Weiter so“ – trotz aller Widersprüchlichkeit beim Einkaufsverhalten – auf Ablehnung. Vielen Menschen macht es Angst, wenn Trinkwasser zunehmend erhöhte Nitratwerte aufweist, wenn Vogelarten aus Gärten verschwinden, weil es kaum noch Insekten gibt. Die Grüne Woche ist mehr als eine Essmeile, sie ist das richtige Forum, um über einen neuen Weg der Landwirtschaft zu streiten. Dabei wäre es fatal, Landwirte zu stigmatisieren. Es darf ausschließlich um die Sache, um eine Neuausrichtung der Landwirtschaft gehen. Es muss darum gehen, wie nachhaltiges Wirtschaften auf dem Acker und im Stall gelingen kann, ohne bäuerliche Existenzen zu vernichten. Es geht jetzt um die Agrarwende.

jan.vonschmidt@kieler-nachrichten.de

Ein Weckruf aus den USA

Trump hilft nicht nur Apple, sondern auch den Apples von morgen

LEITARTIKEL
STEFAN KOCH
USA-KORRESPONDENT



Eigentlich sieht die kalifornische Hightech-Szene den Mann im Weißen Haus an der fernen anderen Küste der USA eher kritisch. Donald Trump, sagen die Kalifornier, denke zu wenig global, zu wenig zukunftsgerichtet. Doch in Abwandlung eines alten Sprichworts kann man sagen: Beim Geld hört die Feindschaft auf.

Tim Cook, der Apple-Chef, ist als langjähriger Großspender der oppositionellen Demokratischen Partei bekannt. Doch nun lobt er Trump über den grünen Klee. Angesichts der seit dem 1. Januar geltenden neuen Steuererlasse sieht Apple die Zeit gekommen, einen Berg an Milliardensummen aus dem Ausland in die USA zu transferieren. Ein neuartiger Niedrigtarif für solche speziellen Fälle macht es möglich. Aber auch das generelle Geldverdien in den USA wird für Apple leichter. Die Körperschaftsteuer wurde soeben von 35 auf 21 Prozent gesenkt.

Apple plant nun viele neue Dinge, die wunderbar zusammenpassen mit Trumps „America first“-Strategie. Ein neues Rechenzentrum soll entstehen, 20 000 neue Jobs werden geschaffen – und all dies nicht irgendwo auf der Welt, sondern in den USA.

Diese Entwicklung ist ein Weckruf. Nicht nur die gesamte Wirtschaftswelt merkt jetzt auf. Auch die Politik muss die Ohren spitzen – nicht zuletzt in Berlin, wo Union und SPD über das Vorgehen für die nächsten vier Jahre verhandeln.

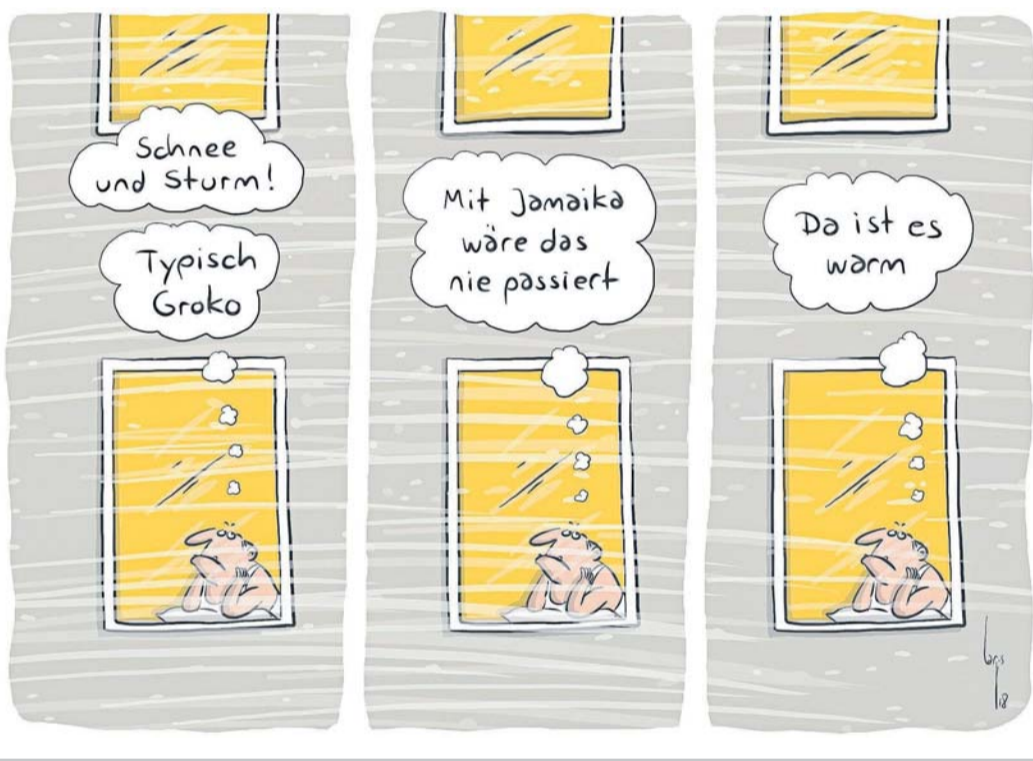
Wenn in Deutschland von Spitzensteuersätzen die Rede ist, so wird meist im gleichen Atemzug über deren Erhöhung gesprochen.

In den USA dagegen wurde der Spitzensteuersatz soeben gesenkt. Unter Trump geschieht etwas, das in Deutschland undenkbar wäre: Der Staat entlastet per Steuerreform allen Ernstes und mit voller Absicht auch die Bezieher hoher Einkommen. Man kann eine solche Politik ungerecht finden. Man kann sie verdammen. Aber man kann nicht an ihren ökonomischen Effekten herumdeuteln.

Rund um die Welt wird jetzt aus Sicht von Investoren und Entscheidern der Standort USA attraktiver. Viele werden sich durchrechnen lassen, was eine Verlagerung von Firmensitzen brächte. Doch es geht nicht allein um Finanztechnik für Fortgeschrittene oder irgendwelche Buchungstricks. Es geht auch um eine generelle Philosophie, nicht zuletzt auch um die sogenannte Start-up-Kultur. Kleinbetriebe in den USA sollen künftig nur noch 20 Prozent Steuern auf die ersten 315 000 Dollar ihrer Einnahmen zahlen. Für junge Gründer sind das ideale Bedingungen. Heute tüfteln sie vielleicht noch in einem kleinen Container vor sich hin, morgen aber entsteht aus ihnen vielleicht ein neuer Weltkonzern. Trump, das macht die Kritik an seiner Politik so kompliziert, hilft nicht nur Apple. Er hilft auch den Apples von morgen.

politikredaktion@kieler-nachrichten.de

Die gesamte Wirtschaftswelt merkt jetzt auf. Auch die Politik muss die Ohren spitzen – nicht zuletzt in Berlin.



NAHAUFNAHME

Der Staatsanwalt, dem man nicht traut

VON JAN STERNBERG

Roman Reusch machte schon Schlagzeilen, als seine AfD-Parteikarriere noch lange nicht begonnen hatte. Vor zehn Jahren feierte ihn die Berliner Boulevard-Zeitung „B.Z.“ als „Berlins mutigsten Staatsanwalt“. Reusch hatte in einem Vortrag vor der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung die Herkunft Berliner Intensivtäter analysiert. Ausländische Straftäter sollten verstärkt abgeschoben und ihnen die Einbürgerung versagt werden, forderte er damals.

Der Berliner Staatsanwalt war also schon auf AfD-Linie, bevor es die AfD überhaupt gab. Und nachdem er im Sommer 2013 eintrat, machte der im Brandenburger Umland wohnende Beamte schnell Karriere. Im Januar 2017 sagte er in einer Parteitage: „Wenn die Blockparteien so weitermachen können wie bisher, dann hat unser Land in 20 Jahren fertig, wir wären wirtschaftlich ruiniert, von einer nicht-deutschen Mehrheit besiedelt und auf dem besten Weg in die islamische Republik.“ Im Bundestags-Wahlprogramm war er für das Kapitel Kriminalität verantwortlich und konnte sich erneut als Hardliner profilieren. Über die Landesliste



Brandenburg wurde der Jurist in den Bundestag gewählt. Statt Staatsanwalt ist Reusch nun Volksvertreter.

In dieser neuen Rolle musste er gestern einen Dämpfer hinnehmen. Reusch fiel bei der Wahl ins Parlamentarische Kontrollgremium PKGr durch. Nur 210 Abgeordnete stimmten für ihn. Das PKGr überwacht die Nachrichtendienste des Bundes, also den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Vorsitzender soll der CDU-Politiker Armin Schuster werden. Wer dem PKGr angehört, ist zu strikter Geheimhaltung verpflichtet. Aus den anderen Fraktionen waren Bedenken zu hören, ob der AfD diese Diskretion zuzutrauen sei. Ähnliche Vorbehalte gab es lange gegen die Linke. Deren langjähriges Mitglied André Hahn hat sich durch akribische Arbeit Respekt erworben.

In den Bundesländern gab es in der Vergangenheit ebenfalls Streit um AfD-Kandidaten für die Kontrollgremien. In Schwerin wurde ein völkisch-nationaler Kandidat nicht gewählt, ein anderer Vertreter aber erhielt eine Mehrheit. Im Bundestag ist nun bereits zum zweiten Mal ein AfD-Kandidat bei der Wahl zum einem Bundestags-Posten gescheitert. Partei-Senior Albrecht Glaser wurde drei Mal nicht zum Bundestags-Vizepräsidenten gewählt. Die AfD hält an Glaser fest, ebenso an Reusch. „Wenn man Krieg haben will in diesem Bundestag, dann kann man auch Krieg kriegen“, schäumte Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland.

POLITIKÖPFE



Markus Söder (51), CSU-Spitzenkandidat bei den bayerischen Landtagswahlen im Herbst, will das konservative

Wählerpotenzial voll ausschöpfen. „Ich möchte jeden denkbar konservativen Wähler nicht bei anderen sehen, sondern bei uns in der CSU“, sagte der designierte Ministerpräsident auf der Fraktionsklausur im oberfränkischen Kloster Banz. Zugleich rief er seine Parteifreunde angesichts des aktuellen Umfragetiefs zu einem Neuanfang auf.



Rex Tillerson (65), US-Außenminister, ist zuversichtlich, dass es zu direkten Gesprächen mit Nordkorea

kommt. Staatschef Kim Jong Un müsse ihm sagen, wenn er reden wolle, so Tillerson. Er glaube daran, dass die beiden Länder dahin kämen, an einem Verhandlungstisch zu sitzen. „Wir werden ihn (Kim Jong Un) aber nicht jagen.“ Tillerson lobte Chinas Kooperation bei den von den USA vorangetriebenen Strafmaßnahmen gegen Pjöngjang.



Ramsan Kadyrow (41), Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien, will keine

Arbeits von Menschenrechtlern in seiner Heimat dulden. Solche Aktivisten hätten „keine Familie, keine Nation, keine Religion“, sagte Kadyrow im Fernsehen des Landes. Er rechtfertigte die Verhaftung des Menschenrechtlers Ojub Titijew von der angesehenen Organisation Memorial und nannte ihn drogenabhängig. Kadyrow führt eine Willkürherrschaft, in die Moskau ihm kaum hineinredet. FOTOS: DPA

kn-online
MEISTGEKLIKT

/mettenhof
Polizei ermittelt nach Tötungsdelikt

/liveblog
Alle Informationen zum Sturmtief

/mettenhof
Verdächtiger nach Tötungsdelikt gefasst

/thw_neuzugang
Henrik Pekeler sucht ein Haus bei Kiel

/fotostrecke
Feuer in Behrendorf

Meistgeklickte Themen am Donnerstag

KN auf Facebook

Teilen Sie uns Ihre Meinung auf Facebook mit! Die neuesten Nachrichten aus Ihrer Region finden Sie auch unter www.facebook.com/kielernachrichten

KN auf Twitter

Holstein Kiel vor dem Start der Rückrunde: Was wünschen Sie den Störchen? Ihre Botschaften @kn_online